

Die Entlastungspläne der Ampel lösen keine Begeisterungsstürme aus

Stand: 08:51 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Matthias Kamann**
Politikredakteur

Während Sozialverbände das dritte Entlastungspaket als „beeindruckend“ loben, üben die Wirtschaft und die Opposition Kritik an den geplanten Hilfsmaßnahmen. In der Kritik steht vor allem das Vorhaben der Bundesregierung zur Finanzierung einer Strompreisbremse.

Im Entlastungspaket (https://img.welt.de/bin/Entlastungspaket_bnn-240856635.pdf) gehört dieser Punkt zu den wichtigsten. Sein Volumen ist eines der größten: Mit einem zweistelligen Milliardenbetrag rechnet Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) bei dem Vorhaben, das den kompliziertesten Namen von allen trägt: „Abschöpfung von Zufallsgewinnen“.

(politik/deutschland/article240855137/Uebergewinne-Ampel-will-Strompreisbremse-mit-Gewinnabschoepfung-bei-Energiefirmen-finanzieren.html) Doch noch ein Superlativ ist möglich: Es ist der schwammigste Punkt, und das sorgt für Kritik der Opposition: „Weder die genaue Höhe, noch der Zeitpunkt ist klar“, sagte Unionsfraktionsvize Jens Spahn (CDU).

Es geht darum, wie die Ampel eine Strompreisbremse für Verbraucher finanzieren will. Nämlich so: Viele Stromerzeuger verwenden gar kein Gas, aber erzielen für ihren aus anderen Quellen erzeugten Strom wegen des geltenden Marktdesigns mit dessen Orientierung am derzeit sehr hohen Gaspreis große Gewinne. Die will die Koalition ab einer noch zu definierenden Obergrenze abschöpfen. Und dieses Geld soll der Staat dann nutzen, um die Strompreise für die Verbraucher herunterzusubventionieren.

Die Sache aber hat mehrere Haken: Erstens müsste jene Abschöpfung der zusätzlichen Gewinne auf EU-Ebene geregelt werden. Dafür will sich die Ampel einsetzen, aber der Erfolg ist ungewiss. Zweitens ist die rechtliche Machbarkeit unklar. Drittens ist offen, ob Deutschland dies notfalls, wie es die Bundesregierung will, auch ohne EU machen könnte. Viertens weiß niemand, wie viel Geld dabei eingenommen wird. Und fünftens wurde im Paket nicht festgelegt, welches Ausmaß die Strompreisbremse haben könnte.

Diese Unwägbarkeiten bei einem zentralen Punkt des am Sonntag präsentierten Pakets lassen Spahn am Entlastungseffekt zweifeln. Zwar sei es „richtig, die aktuellen Verzerrungen aufzulösen, die durch den kriegsbedingt hohen Gaspreis entstehen“, sagte Spahn WELT. Aber das müsse „europäisch gelöst werden“. Wenn aber die Bundesregierung daran nun eines ihrer wichtigsten Hilfsversprechen für die Bürger knüpfe, „macht die Ampel die Entlastung beim Strompreis abhängig von den Entscheidungen der EU“. Und dass dabei Volumen und Zeitpunkt offen sind, sei „für die Bürger und die Unternehmen, die unter den hohen Strompreisen ächzen, fatal“.

Tatsächlich ist diese Strompreisrechnung einer der heikelsten Punkte eines Pakets, mit dem es die Ampel ansonsten vor allem geschafft hat, ihren Willen zur Ausweitung einer Bezuschussungspolitik zu bekunden. Weitgehend positiv fielen jedenfalls die Reaktionen von Sozialverbänden aus. Als „beeindruckend“ bezeichnete die Präsidentin des Sozialverbands VdK, Verena Bentele, (/politik/video236635369/WELT-Gespraech-Verena-Bentele-im-WELT-Interview.html) die Ergebnisse der Koalitionsrunde und zeigte sich gar „begeistert“, dass viele Forderungen ihres Verbandes erfüllt worden seien. Bentele nannte unter anderem die Energiepreispauschale für Rentner, den neuerlichen Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger und den erhöhten Kinderzuschlag. Diakonie-Präsident Ulrich Lilie lobte darüber hinaus die Einmalzahlung für Studierende sowie die Anpassung der Grundsicherung an erwartete Preissteigerungen. Lilie verlangte am Sonntag ähnlich wie Eva Maria Welskop-Deffaa vom Deutschen Caritas-Verband eine rasche und unbürokratische Umsetzung der Maßnahmen.

Wirtschaftsverbände konstatierten eine Ausrichtung an traditionellen Vorstellungen der Sozialpolitik und hoben darauf ab, dass das Paket „überwiegend auf private Haushalte abzielt“, wie BDI-Präsident Siegfried Russwurm (/wirtschaft/article239810987/BDI-Chef-Russwurm-Kein-Gas-mehr-aus-Russland-Aufs-Schlimmste-vorbereiten-aufs-Beste-hoffen.html) als Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) sagte. Man erkenne an, dass die Bundesregierung den Bürgern „rasch und zielorientiert“ helfen wolle, sagte Russwurm, nannte aber das Paket „aus Sicht der Wirtschaft enttäuschend und unkonkret“. Viele energieintensiv arbeitende Unternehmen seien „existenziell bedroht“, würden jedoch kaum entlastet.

Helfen würden jenen Unternehmen aus Sicht des BDI vor allem Maßnahmen zur Beendigung der Energieknappheit: „Essenziell sind sofortige Entscheidungen und praktische Schritte für

eine möglichst große Verbreiterung des Stromangebots durch den schnellen Hochlauf von Stein- und Braunkohlekraftwerken, die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke und die maximale Nutzung der Potenziale erneuerbarer Energien“, sagte Russwurm und forderte von der Bundesregierung, „die Belange und praktischen Erfordernisse der Unternehmen stärker in ihr laufendes Krisenmanagement einzubeziehen“.

„Ein katastrophales Signal für den Klimaschutz“

Auch Arbeitgeber-Präsident Rainer Dulger

([/politik/deutschland/article240857753/Entlastungspaket-geht-in-die-richtige-Richtung-Oekonomen-loben-Einzelmaßnahmen.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/article240857753/Entlastungspaket-geht-in-die-richtige-Richtung-Oekonomen-loben-Einzelmaßnahmen.html)) verband die Feststellung, „dass die Bundesregierung soziale Härten auffängt“, mit der Kritik, dass von der Regierung „eine der wesentlichen Ursachen für die Inflation, die Energiepolitik, nicht konsequent angepackt“ werde. Erforderlich sei eine „möglichst umfassende Verbreiterung des Stromangebots“, wozu längere Laufzeiten für Atomkraftwerke gehörten. Dulger: „Eine Politik, die gerade einmal den Mut aufbringt, Pool-Heizungen abzustellen, aber bei der Kernenergie Tausende Gigawatt sausen lässt, überzeugt nicht.“ Ebenfalls enttäuscht zeigte sich Hans Peter Wollseifer, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH): „Es droht, dass vielen Betrieben die Luft längst ausgegangen ist, ehe die im Paket in Aussicht gestellten Entlastungen wirken“, sagte Wollseifer am Sonntag.

Kritik kam allerdings auch vom Umweltverband WWF ([/wirtschaft/plus240172961/Klimaschützen-und-Geld-sparen-Kälter-Wäsche-waschen-hilft.html](https://www.wirtschaft/plus240172961/Klimaschützen-und-Geld-sparen-Kälter-Wäsche-waschen-hilft.html)). Dessen

Fachbereichsleiterin für Klima- und Energiepolitik, Viviane Raddatz, vermisste Anreize zum Energiesparen und tadelte, dass die Ampel die bisher geplante Anhebung der Preise auf den CO2-Ausstoß verschieben will. Gar als „ein katastrophales Signal für den Klimaschutz“ bezeichnete dies Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

Die AfD verhinderte in einer ersten Reaktion von Tino Chrupalla und Alice Weidel

([/politik/deutschland/video239436655/Parteitag-AfD-wählt-Tino-Chrupalla-und-Alice-Weidel-als-Vorsitzende.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/video239436655/Parteitag-AfD-wählt-Tino-Chrupalla-und-Alice-Weidel-als-Vorsitzende.html)) eine konkrete Auseinandersetzung mit den Inhalten des Pakets. Lediglich pauschal kritisierten die beiden Partei- und Fraktionsvorsitzenden eine „kostspielige Symptombekämpfung“, bei der „mit maßlosen Staatsausgabensteigerungen“, „staatlicher Umverteilung“ und „planwirtschaftlichen Eingriffen“ agiert werde. Stattdessen

müssten „die Ursachen der Preisexplosion“ angegangen werden, erklärten Chrupalla und Weidel. Hierzu müsse man unter anderem „den unsäglichen Wirtschaftskrieg mit Russland beenden, Nord Stream 2 in Betrieb nehmen und die Europäische Zentralbank zur Beendigung ihrer unverantwortlichen Geldpolitik zwingen“.

Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch bezeichnete das Paket als „vielfach enttäuschend“. Deutschland sei damit nicht gut gerüstet für den Winter, sagte Bartsch dem Portal „t-online“. „Die Pläne werden die Verarmungslawine, die im Winter über Deutschland rollen könnte, nicht verhindern.“

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240863417>